

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 32.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsverträge pro halbjährige Beile oder deren Raum 25, für Jahrl. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, den 22. Dezember 1906.

Verlag: A. Lohberg, Hannover, Münzstr. 5.  
Verantwortlicher Redakteur:  
August Brey, Hannover, Münzstraße 5, III.  
Fernsprech-Anschluß 3002.  
Druck von E. A. H. Meißner & Co., Hannover.

15. Jahrg.

## Zur Beachtung!

Infolge der Reichstagsauflösung ist auch der Gehrentwurf betr. Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in den großen Reichspapierkorb gefallen. Der geplante **Gewerkschaftskongress** wird infolgedessen nicht abgehalten, alle für die Abhaltung des Kongresses geplanten Vorarbeiten sind deshalb unausgeführt zu lassen.

Mit kollegialischem Gruß

Für den Vorstand:  
Aug. Brey.

## Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1905.

I.

Ueberaus reich an wirtschaftlichen Kämpfen war das Jahr 1905 und ganz gewaltige Opfer mußten die deutschen Gewerkschaften bringen, um der industriellen Arbeiterschaft eine möglichst günstige Lebenshaltung zu sichern, um alles das zu erreichen, was wir kürzlich in der Statistik über die Resultate der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1905 als Errungenschaften nachgewiesen haben.

Nicht weniger als 2323 Streiks und Aussperrungen hatten die Gewerkschaften im verfloffenen Jahre zu führen. In 1261 Fällen kämpften die Arbeiter um Eringung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, befanden sich also in Angriffstellung, in 809 Fällen machte sich der Kampf zur Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erforderlich und in 253 Fällen griffen die Unternehmer zu dem Mittel der Aussperrung, um entweder geplante Verschlechterungen durchzuführen oder um die angreifenden Arbeiter an der Durchführung ihrer Forderungen zu verhindern. An all diesen Kämpfen waren insgesamt 507 964, davon 473 039 männliche und 34 925 weibliche, Personen beteiligt. Es fanden sonach im Jahre 1905 mehr Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampfe als in den Jahren 1900 bis 1904 zusammen, obgleich auch in diesen vier Jahren teilweise recht umfangreiche Kämpfe stattgefunden haben. An Ausgaben verursachten die Streiks und Aussperrungen insgesamt 10 933 724 Mk., wovon nachweislich aus den Kassen der Zentralverbände 8 124 990 Mk. gezahlt wurden. Von sämtlichen Kämpfen wurden 1219 = 53,6 Proz. mit vollem Erfolg, 534 = 23,5 Proz. mit teilweisem Erfolg und 477 = 21,0 Proz. erfolglos beendet. Von 43 Streiks resp. Aussperrungen ist der Ausgang unbekannt und 50, wovon 13 Angriffstreiks, 27 Abwehrstreiks und 10 Aussperrungen, waren am 1. Januar 1906 noch nicht beendet. Der infolge Streiks und Aussperrungen eingetretene Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst konnte für 414 703 Streikende und Ausgesperrte ermittelt werden und es beträgt für diese der Verlust an Arbeitszeit zusammen 7 362 802 Tage, und der Verlust an Arbeitsverdienst beläuft sich auf 28 869 200 Mk., wovon allein auf die Aussperrungen 6 840 799 Mk. entfallen. Die Verluste an Arbeitszeit bezw. Arbeitsverdienst werden seit dem Jahre 1900 zu ermitteln gesucht. Die diesbezüglichen Feststellungen zeigten für 1905 folgendes Ergebnis: Beteiligte 414 703, Verlust an Arbeitszeit 7 362 802 Tage, Verlust an Arbeitsverdienst 28 869 200 Mk. In den Jahren 1900 bis 1905 betrug der Verlust an Arbeitszeit 15 487 760 Tage, an Arbeitsverdienst 56 539 788 Mk.

Welche Schlussfolgerungen das Unternehmertum und alle Gegner der einen höheren Lebenshaltung kämpfenden Arbeiterschaft aus diesen Feststellungen ziehen, ist bekannt. Sie versuchen die Sache stets so hinzustellen, als handle es sich hierbei um einen tatsächlichen Verlust für die Arbeiterklasse; um eine Einbuße, die die Arbeiterschaft durch Provokation von Ausständen erleide, und daß deshalb jede Arbeitseinstellung schon aus volkswirtschaftlichen Gründen zu bekämpfen sei. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß diese Opfer, die die Streikenden sich auferlegen, in gar keinem Verhältnis stehen zu den Verlusten, welche ihnen infolge unserer verkehrten Wirtschaftsordnung durch Arbeitslosigkeit aufgebürdet werden. Und wenn diese Einbuße an Arbeitsverdienst auch während des Kampfes von den Arbeitern getragen werden muß, für die arbeitende Klasse bedeutet sie keinen Verlust. Die Opfer, die von streikenden Arbeitern gebracht werden, kommen der Gesamtheit der Arbeiterklasse zugute, weil jede Stunde Arbeitszeitverkürzung und jede Lohnsenkung, die durch einen Streik erreicht wird, zur Hebung der Lebenslage der arbeitenden Klasse beiträgt.

Von den 11 142 Kämpfen, welche die deutschen Gewerkschaften mit einem Kostenaufwand von insgesamt 40 658 199 Mk. in den 16 Jahren von 1890—1905 geführt haben, waren 7 884 = 71,7 Proz. voll oder teilweise erfolgreich. Aus den Kassen der sich im Kampf befindenden Organisationen wurden 30 356 715 Mk., gleich 74,6 Proz. der Gesamtkosten, gezahlt.

Während der letzten 8 Jahre fanden die meisten Streiks und Aussperrungen im Baugewerbe statt. In den Jahren 1903 und 1904 hatte diese Industriezweig auch die höchste Zahl der Beteiligten aufzuweisen. 1905 kommt dieselbe jedoch mit 79 055 Beteiligten erst an dritter Stelle, was daraus resultiert, daß an dem Streik der Bergarbeiter in Rheinland-Westfalen, allein mehr als 215 000 Personen beteiligt waren und in der Metallindustrie die Aussperrungen, wenn auch an Zahl geringer als im Baugewerbe, eine riesige Ausdehnung angenommen haben. Eine Zusammenstellung der Streiks und Aussperrungen und der Zahl der Beteiligten nach Industriezweigen ergibt folgendes Bild.

	1903		1904		1905	
	Streiks u. Aussp.	Beteiligte	Streiks u. Aussp.	Beteiligte	Streiks u. Aussp.	Beteiligte
Baugewerbe	504	43603	644	61391	854	79055
Metallindustrie	199	32799	231	19798	295	86046
Holzindustrie	247	7587	419	22492	530	32605
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	53	1333	75	7638	99	7316
Bekleidungsindustrie	71	11880	60	3301	248	63893
Graph. Gewerbe	52	978	35	2635	60	2149
Sonstige Berufe	152	22787	161	18702	237	236901
Summa	1278	120967	1625	135957	2323	507964

Auf die einzelnen Gewerbe verteilen sich die Streiks und Aussperrungen des Jahres 1905, wie die nachstehende Tabelle aufweist:

	Streiks und Aussperrungen	Beteiligte Personen	Ausgabe Mark	Erfolgreiche Streiks	
				Zahl	Proz.
Baugewerbe	854	79 055	1 190 153	453	53,0
Metallindustrie und Schiffbau	295	86 046	3 056 703	138	47,3
Graphische Gewerbe u. Papierindustrie	60	2 149	98 773	26	43,3
Holzindustrie	530	32 605	1 305 744	323	60,9
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	99	7 316	343 115	15	15,1
Bekleidungs-, Leder- u. Textilindustrie	248	63 892	1 387 710	140	56,4
Handels- u. Verkehrsgewerbe	126	8 565	212 860	80	63,5
Sonstige Berufe	111	228 336	2 339 666	44	39,6

Unter „Sonstige Berufe“ sind die entsprechenden Streiks und Aussperrungen rubriziert, die unsere Organisation als ausschlaggebende selbst zu führen hatte. Die entsprechenden Ziffern sind:

Streiks und Aussperrungen 82. Beteiligte Personen 9853. Ausgabe 340 470 Mark. Erfolgreich 42 = 51,2 Prozent. Natürlich sind wir in ganz beträchtlichem Umfange auch bei den Streiks und Aussperrungen der anderen Gewerbe beteiligt gewesen. Streiks und Aussperrungen werden in der Statistik der Generalkommission nur einmal, und zwar in der Regel für die Organisation gezählt, welche, soweit sich das feststellen ließ, am meisten bei dem Kampfe interessiert war, d. h. welche die größte Anzahl der Beteiligten aufwies.

## Wie wird das Interesse der Arbeiterinnen für die Organisationen wachgerufen?

Diese Frage ist seit langem in den Kreisen der Gewerkschaftsgenossen erörtert worden; schon der Stuttgarter Gewerkschaftskongress hat sich eingehend damit beschäftigt, ohne jedoch ein bestimmtes Mittel zu entdecken. Ihre Lösung ist auch nicht so einfach, wie es scheint. Wohl wird die Zahl der weiblichen Lohnsklaven immer größer und größer, aber leider wächst die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation nicht gleichzeitig in gleichem Maße. Im Regierungsbezirk Düsseldorf wurden im Jahre 1903 12 306 Fabriken mit 366 648 Arbeitern bezw. Arbeiterinnen gezählt; von den letzteren waren 567 Kinder unter 14 Jahren, 30 151 Kinder beiderlei Geschlechts von 14—16 Jahren und 55 580 Arbeiterinnen über 16 Jahre. Im Regierungsbezirk hat die Zahl der Arbeiterinnen über 16 Jahre in geringerem Grade zugenommen als die der Kinder von 14—16 Jahren. In der Textilindustrie besteht die Hälfte der Zunahme aus Arbeiterinnen. In der Metallverarbeitung ist die Zahl der Betriebe mit Frauenarbeit zurückgegangen, die Zahl der Arbeiterinnen hat dagegen um 340 zugenommen. Die Berichte von 1904 und 1905 weisen wiederum Zunahmen der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte auf. Angesichts dessen

liegt die Gefahr nahe, daß das Arbeitgebertum den Weg nach größerer Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft durch Einführung der fakultativen Halbtagschicht für verheiratete Frauen, wie sie vom evangelisch-sozialen Kongress in Jena empfohlen wurde, einschlägt. Wir haben jetzt etwa eine halbe Million verheirateter Fabrikarbeiterinnen. Würde für diese die Fünftundenschicht eingeführt, würden ungefähr 300 000 Arbeiterinnen mehr gebraucht werden, um die Arbeit zu bewältigen, die sonst von der halb. Million im Zehn- oder Elftundentage geleistet wird. Ohne Zweifel würden sich die Arbeitskräfte finden, da ja die Frau infolge der miserablen Löhne der Männer und der künstlichen Teuerung der notwendigen Lebensmittel zum Mitterdienen gezwungen ist. Die verheiratete Frau geht ja nicht zu ihrem Vergnügen in die Fabrik — Not und Entbehrung bringen sie hinein.

Für den Arbeitgeber könnte die Einführung der Halbtagschicht allerdings sehr profitabel werden, da zwei Frauen in je 5 Stunden sicher mehr leisten als eine in 10 Stunden. Und je lohnender die Frauenarbeit, desto mehr Frauen werden eingestellt und die höher bewertete Männerarbeit noch mehr als schon heute verdrängt oder im Preise heruntergedrückt. Dadurch würde für den Unternehmer keine Schmälerung, sondern eine Steigerung des Profites erwachsen. Um so mehr, als die Teilnehmer des evangelisch-sozialen Kongresses betonten, daß durch Einführung einer besonderen Klasse in den Frankenkassen für Halbtagschichten die Beiträge zur Sozialgesetzgebung dem reduzierten Verdienste gemäß verringert werden müßten.

Die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung zwingt beide Geschlechter in die Fabrik. Das Kapital fragt nicht danach, ob es Raubbau an der Arbeitskraft des Mannes, des Weibes oder des jugendlichen Arbeiters treibt, sondern es schreit nach Profit, und wenn der Weg dazu auch über Menschenleiber geht. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, können die Arbeiterinteressen nicht nach Geschlechtern getrennt werden, sondern es gilt, die gemeinsamen Interessen der arbeitenden Klasse zu wahren und zu schützen. Das Kapital zwingt Männer und Frauen zu gemeinsamen Leiden und Entbehrungen; als Glieder einer ausgebeuteten Klasse haben daher Männer und Frauen auch gemeinsam den Kampf gegen Not und Unterdrückung in der modernen Arbeiterbewegung zu führen.

Da ist es sehr bedauerlich, daß die Arbeiterinnen sich so abseits stellen und so wenig Interesse für ihr eigenes Geschick zeigen. Diese eigenartige Haltung der Arbeiterinnen liegt aber zum Teil in den Verhältnissen begründet. Es handelt sich nicht immer um Unwissenheit und Interesslosigkeit, sondern meistens um Unwissenheit und die Folgen einer falschen Erziehung. Recht viele junge Mädchen betrachten ihre Erwerbstätigkeit als eine vorübergehende Erscheinung, der sie entrinnen, wenn sie im Hafen der Ehe gelandet sind; ihr ganzes Streben und Denken konzentriert sich darauf, einen Mann zu erwischen, der sie der Arbeitsfront enthebt. Und leider leisten sehr viele Männer diesem Jüng und Drang dadurch Vorschub, daß sie niemals versuchen, mit ihren Kolleginnen und Konkurrentinnen ein ernsthaftes Gespräch zu führen. Soll die Arbeiterin für unsere Bewegung gewonnen werden, so ist

1. Die Anerkennung der Arbeiterin als Kollegin seitens des Mannes das erste Erfordernis.
2. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit sind die Eltern zu verpflichten, ihre Töchter der Organisation zuzuführen.
3. Das Interesse der Arbeiterinnen für die Gewerkschaftsbewegung muß durch Versätkungs- und Betriebsbesprechungen und Hausagitation geweckt werden.
4. Den weiblichen Mitgliedern muß in der Verwaltung ihrer Organisation Sitz und Stimme gegeben werden. Auch dürfte die Heranbildung weiblicher Fabrik-Vertrauenspersonen praktisch sein.
5. In den Mitgliederversammlungen muß die Wahl der Vortragsthemen wechseln, um auch dem Interesse der Arbeiterin Rechnung zu tragen.

Mit Aufstellung und Verwirklichung solcher Thesen werden natürlich die Arbeiterinnen nicht in Scharen zu uns kommen; aber bei intensiver geduldiger Kleinarbeit wird es doch nach und nach gelingen, die ausgebeuteten Arbeiterinnen-Scharen von der Notwendigkeit der modernen Arbeiterbewegung zu überzeugen und sie als zielbewußte Mitkämpferinnen in dem Kampf um Brot und Freiheit zu gewinnen.

W. K.

## Steigende Rentabilität im Großgewerbe.

Die umfangreichen Umsätze am Warenmarkte in Verbindung mit den fast von Quartal zu Quartal höheren Preisen finden ihren Niederschlag in einer wachsenden Verzinsung des in gewerblichen Betrieben verbenden Kapitals. Am deutlichsten nachweisbar ist die Höhe des Gewinnträgnisses noch immer



bei den Aktiengesellschaften. Wenn bei ihnen auch ein Teil des Gewinnes unter Abschreibungen, Reserven, Gehältern und Tankonten versteckt werden kann, so läßt sich doch aus der Bewegung der Dividende einigermaßen auf Bewegung der Rentabilität schließen. Die Gewinne sind in größeren privaten Betrieben oft größer als bei Aktiengesellschaften; im allgemeinen aber darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß bei der großen Masse mittlerer und kleinerer Betriebe die Rente wesentlich geringer als bei großen Aktiengesellschaften ist. Da nun aber über die kleinen und mittleren Betriebe kein Material zur Beurteilung der jährlichen Gewinnergebnisse gegeben ist, so wird man sich damit begnügen müssen, aus der Rentabilität der Aktiengesellschaften auf die finanzielle Situation des Großgewerbes zu schließen, das immerhin einen sehr großen Teil des im Gewerbe stehenden Kapitals umfaßt.

Um nun den Einfluß der höheren Preise und größeren Umsätze am Warenmarkt auf die Rentabilität feststellen zu können, und zwar für das laufende Jahr, ist im nachstehenden das Ergebnis einer Berechnung benützt, bei der alle diejenigen Industrieunternehmen berücksichtigt sind, deren Werte an der Berliner Börse gehandelt werden und deren Geschäftsjahr entweder am Ende des zweiten, oder Ende des dritten Quartals schließt. Auf die Höhe des Gewinns ist also der Geschäftsjahres des laufenden Jahres bis zur Hälfte oder bis zu drei Viertel schon ausschlaggebend. Im ganzen erstreckt sich unsere Berechnung auf 171 Gesellschaften, die ein Kapital von rund 997,55 Millionen Mark repräsentieren. Diese fast bildet nur einen geringen Teil des gesamten in Aktiengesellschaften investierten Kapitals, ist aber immerhin groß genug, um über die Bewegung der Dividendenziffer einigermaßen Auskunft zu geben.

Bei einer Zusammenfassung aller Gesellschaften stellt sich nun heraus, daß die Dividendensumme auf das genannte Gesamtkapital von 88,75 Millionen Mark im letzten Jahre auf 102,61 Millionen in diesem Jahre hinaufgegangen ist. Die Dividendenziffer ist um rund 13,30 Millionen Mark oder um etwas mehr als 15 Prozent gestiegen. Auf den Nominalwert berechnet, verzinst sich das Aktienkapital im Vorjahre mit 8,88, im laufenden Jahre mit 10,23 Prozent. Damit ist eine Höhe der Verzinsung erreicht, wie sie seit 1895 nur einmal erreicht resp. überschritten wurde, nämlich im Jahre 1900, wo sie sich für sämtliche Aktiengesellschaften, deren Werte an der Berliner Börse gehandelt werden und deren Geschäftsjahr mit dem Dezember schließt, auf 10,96 Prozent stellte. Wenn wir nun erwägen, daß bei den für 1906 in Frage kommenden Gesellschaften die Gewinnsteigerung nur für einen Teil des laufenden Jahres in Betracht kommt, so ist zu erwarten, daß bei den Gesellschaften, die Ende Dezember abschließen und die den weitaus größten Teil aller Aktiengesellschaften bilden, die Dividendenziffer des Jahres 1906 erreicht, wenn nicht sogar noch überschritten werden wird.

Auffallend ist bei dem diesjährigen Resultat vor allem die starke Steigerung gegenüber dem Vorjahre. Das war vor 1900 wesentlich anders. Es liegt nämlich die Dividendenziffer von 8,89 im Jahre 1896 auf 9,32 im Jahre 1897, auf 9,82 im Jahre 1898, 9,94 im Jahre 1899 und dann erst auf 10,96 im Jahre 1900. Die höchste jährliche Steigerung fiel mit 1,02 Prozent ins Jahr 1900. Im Jahre 1906 verzeichnen wir eine Steigerung von 1,40 Prozent. In dieser Progression sehen wir die Wirkung der außergewöhnlichen Preishöhe auf dem Warenmarkt, namentlich der häufigen und starken Erhöhungen für Kohlen und Holz. So kommt es denn, daß gerade die Gesellschaften der Kohlen- und Holzindustrie die stärksten Steigerungen der Gewinnsummen gegen 1905 aufweisen, während in zahlreichen Fertigungsindustrien die Besserung der Geschäftslage in den finanziellen Ergebnissen nur schwach zum Ausdruck kommt. Es konnte eben der Preis für die Fertigerzeugnisse, die im Gegensatz zu Kohlen und Holz meistens nicht kontrolliert sind, nicht in der gleichen Weise ansteigen, wie es dem Charakter der Genußgüter entspricht. Vor allem ist die Rentabilität im Bergbau und Hüttenwesen, in der Industrie der Metalle und Maschinen und in der Industrie der Eisen- und Erden Erzeugnisse, als es dem Durchschnitt entspricht, gestiegen. Dem Durchschnitt entsprechend nahm die Rentabilität im Textilgewerbe zu, während beim Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, im Ledergewerbe und in der Holz- und Spanzwareindustrie eine Abnahme des Gewinnträglichkeits festzustellen war. Besonders bemerkenswert ist die Abnahme der Dividendenziffer bei den Brauereien. In dem Maße, wie der Bierpreis sank, sank auch die Dividendenziffer.

Wenn man nun aber fragt, was die Steigerung der Dividendenziffern am meisten zugute kommt, so kann man nicht ohne weiteres sagen: den Aktionären. Denn ein großer Teil des Aktienkapitals wechselt ständig den Besitzer und Eigentümer. Die jeweiligen Käufer erhalten die Aktien daher nicht zum Nominalwert, sondern zu einem Kurse, dessen Höhe die zu erwartende Dividendenziffer meist schon berücksichtigt. Das heißt: Aktien, die zu günstiger Zeit bei niedrigerem Kurse ihre Papiere erworben haben und sie dann liegen lassen, haben an der höheren Rentabilität einen entsprechenden Anteil. Allen anderen Aktionären verzinst sich zwar ihr Geld nicht höher als vielleicht zwischen 5 und 7 Prozent. Es wird also durch die Entwertung der Papiere das Gewinnergebnis ziemlich stark herabgedrückt, so daß viel weniger die eigentlichen Aktionäre als die großen Banken und Spekulanten verdienen, die es verstehen, die vielen Kurschwankungen zu geschickten Momenten auszunutzen.

## Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände

Berlin, den 26. und 27. November 1906.

Die vierte Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände war gestern und vorgestern in der Besprechung, bezüglich der Vorlage des Entwurfs des Gesetzes über die Eintragung von Gesellschaften, die in der Besprechung über diese wichtige Frage im letzten Jahre stattfand, zu Ende gekommen.

und Arbeiter-Kongress zu Stuttgart 1907, über die Weiterführung und Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Unterrichtsarbeit, über die Auslegung der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses betr. Streikunterstützung, über die Frage der Jugendorganisation und über die Herausgabe eines Jahrbuches der deutschen Gewerkschaften.

Für die Einberufung eines Gewerkschaftskongresses, der Stellung zu dem Gesetzentwurf betr. Eingetragene Berufsvereine nehmen soll, hatten sich vorher bereits auf dem Wege einer Umfrage 57 Vorstände entschieden, dagegen kein einziger. Ebenso stimmten 45 Vorstände der Anregung zu, daß dieser Kongress ein Kongress aller Gewerkschaftsrichtungen sein solle; dagegen stimmte nur 1 Vorstand, bedingt dagegen 2. Der Vorschlag der Generalkommission, alle Gewerkschaftsrichtungen nicht bloß zu diesem Kongress einzuladen, sondern auch die Einberufung gemeinsam von ihnen unterzeichnen zu lassen, fand nur bei wenigen Vertretern Widerstand. Es herrschte zwar nur geringe Zuversicht, daß die christliche Gesamtleitung sich einem gemeinsamen Gewerkschaftskongresse anschließen werde, besonders nach der zweifelhaften Haltung des Zentrums in den ersten Tagen der Reichstagsberatung über den Gesetzentwurf. Aber das dürfte kein Grund sein, den Plan eines allgemeinen Kongresses fallen zu lassen. Bleiben die christlichen Gewerkschaften fern oder ziehen es vor, zu dem Gesetzentwurf auf einem Kongress Stellung zu nehmen, der überwiegend von Nicht-Berufsvereinen besucht wird, so setzen sie sich damit selbst ins Unrecht. In dem Maße, in dem der Kongress nur Gewerkschaften eingeladen werden, die auf dem Boden des § 52 b. S.-O. stehen und bereit sind, auch Kämpfe für die Verbesserung der Arbeiterinteressen zu führen.

Gegen die Einberufung eines Allgemeinen Gewerkschaftskongresses erhebt sich kein Widerspruch. In dem Kongress sollen die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften eingeladen werden. Der Kongress soll zu einem Zeitpunkt einberufen werden, wo keine Verhandlungen auf dem Gang der Kommissionsverhandlungen über den Gesetzentwurf im Reichstage noch einzumischen vermögen. Für den Umfang der Delegation unserer Gewerkschaften sollen die Vorschriften für die Gewerkschaftskongresse gelten, die betr. der Delegiertenzahl als Maximalgrenze. Den christlichen und Hirsch-Dunderschen Organisationen soll der gleiche Modus der Vertretung vorgeschlagen werden. Die Art der Wahl der Delegierten bleibt den Verbänden überlassen. Die letzteren werden dagegen verpflichtet, in allen ihren Filialen und örtlichen Verwaltungsstellen Mitglieder-vertreter zu ernennen, in denen gegen den Gesetzentwurf Protest erhoben wird. Die Einberufung des Kongresses und Veröffentlichung des bezüglichen Aufrufes soll erfolgen, sobald die Frage der Teilnahme der anderen Gewerkschaftsgruppen geklärt ist. Eine Protestresolution wird allen Versammlungen zur Verfügung gestellt.

In Bezug auf die Delegation zum nächstjährigen Internationalen Kongress in Stuttgart hatte der Parteivorstand eine Kontingentierung der Delegiertenzahl der deutschen Nation auf 300 vorgeschlagen, wonach auf die politische Partei und auf die Gewerkschaften je 150 Vertreter entfielen. Die Zustimmung der Konferenz zu dieser Einschränkung vorausgesetzt, unterbreitete die Generalkommission geeignete Vertretungsvorschläge, denen die Konferenz zustimmte. Es soll darauf hingewirkt werden, daß die Frage des 1. Mai noch auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt und ferner ein Protokoll der Verhandlungen in der deutschen Delegation herausgegeben wird. Auch soll die Frage einer Aenderung des Abstimmungsmodus auf diesen Kongressen in Stuttgart zur Erörterung gebracht werden.

Die Beratung über die gewerkschaftlichen Unterrichtsarbeit ergab allseitige Zustimmung für deren Weiterführung. Zahlreiche Redner sprachen sich auch für deren Ausdehnung aus. Am meisten erregte es Befremden, daß der Vertreter des Holzarbeiterverbandes erklären mußte: die Mehrheit seines Vorstandes habe beschlossen, in Zukunft nicht mehr Mitglieder an den Kurien teilnehmen zu lassen, da es sich nicht rechtfertige, solche Einrichtungen nur einzeln zugute kommen zu lassen. Mit Recht wurde dem entgegengehalten, daß es dem Vorstände ja freistehe, nicht bloß Verbandsangehörige, sondern auch agitatorisch befähigte Mitglieder an den Kurien teilnehmen zu lassen, und daß es sich sogar empfehlen, auf diese Art einen tüchtigen Nachwuchs von Verbandsvertretern heranzuziehen, anstatt die ohnehin überaus tüchtigen Verbandsbeamten noch mit der Teilnahme an den Kurien zu überbürden. Der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer stellt in Aussicht, daß sein Verband in jedem Jahre 50 Mitglieder zu den Kurien delegieren werde. Würden die anderen Gewerkschaften den Kurien das gleiche Interesse entgegenbringen, so werde man bald solche Kurse während des ganzen Jahres mit dauernd beidseitigen Lehrlingen abhalten können.

Im übrigen wurden zahlreiche Wünsche in Bezug auf den Termin der Kurse, auf die Gestaltung derselben und auf die Drucklegung der Vorträge geäußert. Für eine Ausdehnung der Kurse auf die Dauer von 6 Wochen erklärten sich 23 Vorstände. Nur für Herbstkurse stimmten 17, während 18 Vorstände erklärten, daß ihre Organisationen auch Frühjahrskurse beizubehalten können. Den Ausführenden des Vorlesens, daß eine kritische Besprechung der Unterrichtsarbeit in der Fachpresse vermieden werden möge, stimmte die Konferenz zu.

Die Beratung über die Auslegung der Kölner Resolution 1905 betr. Streikunterstützung deckte eine Reihe von Unzutrefflichkeiten auf, die sich im Verlaufe der Unterfertigung von Streiks und Ansperrungen aus allgemeinen Sammlungen ergeben hatten. Es zeigte sich, daß die Konferenz im allgemeinen der Auffassung der Generalkommission zustimmte, wonach Unterfertigungen aus allgemeinen Mitteln nur während der Dauer von Ausständen gezuht werden, darüber hinaus nur in ganz außerordentlichen Fällen. Die Konferenz stimmt folgender Resolution zu:

„Für die Frage der allgemeinen Streiksammlungen gilt als Grundsatz, daß die Unterfertigung des Kampfes, für den gesammelt wurde, auch die Unterfertigung der gesammelten Gelder an die betreffende Gewerkschaft anhängt.“

Es bleibt der Generalkommission überlassen, in dem Maße, in dem sie die betreffende Gewerkschaft bei dem Kampfe nach der Beendigung des Kampfes, für den gesammelt wurde, nach und nach in einer ganz ungewöhnlichen Weise beizubehalten, nachzuprüfen, ob sich eine weitere Unterfertigung nach Beendigung des Kampfes noch rechtfertigt.“

Zur Frage der Jugendorganisation berichtet Legien, daß die Generalkommission, durch die Berliner Jugendorganisation zur Zielsetzung veranlaßt, mit dem Parteivorstande über diese Frage verhandelt habe, da eine einheitliche Behandlung der letzteren seitens der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung erwünscht sei. Die Generalkommission halte eine besondere Zentralorganisation der Jugendlichen nicht für zweckmäßig, weder in der Vertretung wirtschaftlicher Interessen, noch auf dem Gebiete der Jugendbildung, sondern eher als notwendig die Schaffung einer Jugendorganisation, sondern eine zweckmäßigere Organisation der Jugendbildung, welche die Aufgabe sein, an der Partei und Gewerkschaften gleichermaßen arbeiten zu lassen. Die Organisation der jugendlichen Arbeiter müßte sich die Gewerkschaften mehr angelegen sein lassen. Die einzelnen Gewerkschaftsvorstände und Verbände sollten sich eingehend mit der Frage befassen, wie die Jugendlichen zu den Gewerkschaften besser heranzuführen und in ihnen zu erhalten seien. Dann müßte der nächste Gewerkschaftskongress besonders sich mit der Frage der jugendlichen Arbeiter und des Lehrlingswesens beschäftigen, wozu die nächste Zentralversammlung entsprechende Vorschläge unterbreiten könne.

Die Konferenz stimmte diesen Ausführungen zu. Ein letzter Punkt beschäftigte sich die Konferenz mit der Herausgabe eines Jahrbuches. Der Vorsitzende erklärte, daß die Generalkommission ein solches Jahrbuch herauszugeben wolle, jedoch die Ausfertigung der Vorstände ein Verbotnis dafür erweise. Das Jahrbuch soll dann in halbjährlichen Heften im Gesamtumfang von 25-30 Bogen erscheinen und die Mitarbeiter der verschiedenen Art, sowie die Beiträge über die Kongresse und Gewerkschaftsveranstaltungen in etwas erweiterten Form enthalten, wozu das „Corr.-Bl.“ wesentlich beitragen würde und nicht einen weiteren Aufwender gerech werden könnte. Die Gesamtkosten des Jahrbuches sei auf 2-3000 Exemplare beschränkt, doch könne es darüber hinaus auf weiteren Gewerkschaftskongressen zum Selbstkostenpreise von etwa 1,20 Mk. pro Satz gedruckt werden. Aus-

zugsweise werden die Statistiken und Kongressberichte im „Corr.-Bl.“ natürlich auch in Zukunft behandelt.

Nach kurzer Debatte erklärten sich 26 Vorstände für die Notwendigkeit der Herausgabe eines Jahrbuches, und 11 dagegen.

Eine Anregung in Bezug auf ein einheitliches Schema für Uebertrittsbestimmungen wurde dem Antragsteller zur weiteren Ausarbeitung und Mitteilung an die Gewerkschaftsvorstände überlassen. Damit war die Tagesordnung der zweitägigen Konferenz erschöpft.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Präferenzen über die Wirtschaftslage und die wahrscheinliche Fortdauer des Aufschwunges. — Deutsche Eisenproduktion und schwedische Hoheze.

Es ist ganz erklärlich, andererseits jedoch nicht ganz unbegründet, daß die Präferenzen über die Beurteilung der allgemeinen Konjunktur und vor allem der Fortdauer des Aufschwunges sich schier endlos fortspinnen.

Im großen und ganzen redet man sich dabei gegenseitig Mut zu, und ohne Zweifel bietet die Produktionsgegenwart für das Kapital immer noch überwiegend erfreuliche Erscheinungen, viellecht sogar mehr als je. Für Roheisen bedeutet die Oloberziffer (1 073 874 Tonnen), nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, abermals einen Rekord; die bisherige Schätzung der Jahresleistung wird mehr und mehr zur Gewissheit; das ganze Jahr 1906 wird, was Deutschland anbelangt, um 1/10 Millionen Tonnen (mit insgesamt 12 1/2 Millionen Tonnen) über dem Jahre 1905 stehen. Einen zweiten guten Grabmesser des industriellen Pulschlags bietet die Beschäftigung von Elektroenergieunternehmen. Hier wieß kürzlich der Geschäftsbericht der großen Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft auf einen Auftragsbestand von 188 Millionen Mark hin, gegenüber nur 120 Millionen Mark in dem bereits glänzend lebhaften Vorjahre — bietet die A. G. E. ihren Aktionären doch 11 Prozent Dividende für das Geschäftsjahr 1905 bis 1906 (gegen 10,9 und 8 Prozent in den Vorjahren 1904-05 bis 1902-03). Die Berliner Elektrizitätswerke hatten 1905-06 eine Erhöhung der Stromabgabe um 16,5 Millionen Kilowattstunden zu verzeichnen; sie gewähren für den gleichen Zeitraum 10 Prozent Dividende; aber seit Beginn des neuen Geschäftsjahres (1. Juli 1906) bis Ende Oktober hatten sie die Vorjahresperiode schon wieder um 6 Millionen Kilowattstunden überholt. Aus dem Maschinen- und Waggonbau, aus den Hüttenvereinen des Westens wie des Ostens lauten die Mitteilungen nicht anders, so daß es der frohen Voraussicht des preussischen Eisenbahnministers: er habe für das Etatsjahr 1907 (1. April 1907 bis 31. März 1908) nicht weniger wie 250 Millionen Mark für neue Lokomotiven und Waggonen ausgeschrieben, noch nicht einmal bedürfte, um das Gefühl der „Sättigung“ mit Aufträgen zu erzeugen. Für die Textilindustrien wiederholt soeben ein sachverständiger Artikel der „Voss. Zig.“ das altbekannte Bild: Verlängerung der Lieferfristen wegen Vollaufspannung der Leistungsfähigkeit, steigende Rohstoffpreise (mit Ausnahme der Baumwolle, die seit Mitte November billigere Preisnotierungen erfährt) wegen verhältnismäßig unzureichender Zufuhr. Zuletzt hatten besonders die Kohle- und der Holzschlachthöhere Wertung aufzuweisen; auf der einen Seite sind die Leinwandspinnereien froh, wenn sie überhaupt Flachsch bekommen, während andererseits die Aufträge in Flachsgarnen sich so angehäuft haben, daß die Leinwandwebereien auf pünktliche Garnlieferungen nur in den seltensten Fällen rechnen können.

Augenfällig ist ferner das mächtige Anschwellen des Außenhandels, im Vergleich vor allem zum Vorjahre. Im Oktober stellte sich für Deutschland, in Doppelzentnern ausgedrückt:

	die Einfuhr	die Ausfuhr
1906	63 474 919	40 400 214
1905	52 393 561	38 141 453
1904	46 809 243	34 333 089
1903	46 234 854	33 859 682
1902	43 238 233	34 549 823
1901	41 103 041	29 800 810
1900	44 842 884	29 728 688

Januar bis Oktober zusammengezeichnet, wird das Bild, in erster Linie bei der Ausfuhr, noch eindrucksvoller:

	Einfuhr	Doppelzentner	Ausfuhr
1906	481 030 522		364 537 315
1905	447 069 644		331 933 588
1904	398 411 460		318 039 890
1903	388 528 593		316 430 026
1902	361 856 359		286 026 024
1901	374 187 222		265 511 527
1900	380 296 878		270 333 543

Daß die Brenn- und Rohstoffe unserer Großindustrien (Stein- und Braunkohlen, Eisenerze, Feuersteine) bei dem Einfuhrwachstum eine ganz maßgebende Rolle spielen, ist eine indirekte Bestätigung des günstigen Urteils über den Produktionsstand.

Aber vor der kritischen Wende 1900-1901 lagen die Dinge ähnlich; und G. Bernhards „Plusus“ konnte in seiner vorigen Nummer durch zum Teil recht drastische Zitate darlegen, daß man damals bis zum letzten Augenblick genau so voll Optimismus in die Zukunft blickte, vom Reichsbankpräsidenten angefangen bis hinab zu den Bank- und Industriestern dritten und vierten Ranges. Immerhin wird man sich manchen der vorgebrachten Ermittelungsgründe nicht verschließen können. Die Preissteigerung hat den Umfang von 1895-1900 meist nicht erreicht; damit ist zugleich dem gefährlichen produktiven Ueberchwang eine festere Grenze gezogen — andererseits dürfte es sich nur den untersten erzielten technischen Fortschritten entsprechen, daß das Preisniveau, selbst unter solchen gleichen Umständen, ein mäßigeres bleibt. Beachtenswert ist ein anderer Hinweis. Die andauernde Höhe des Zinsfußes hat nicht nur der Börsenspekulation einen heillosen Dämpfer aufgelegt, so daß im Laufe des Jahres die Kurse eher eine Abdrückung erlitten haben, sondern auch für die produktiven Unternehmungen ist eine gewisse Geminnung des Ausdehnungsstrebens eingetreten, die den Abdruck aus der Ueberproduktion in den Stillstand hinausschieben und mildern kann.

Jedenfalls haben die Umfragen und Debatten in der Presse die noch immer überwiegend zuversichtliche Stimmung von neuem bekräftigt. „Wer eines der einfachsten Mittel anwenden will“ — so schreibt der „Tag“ zum Schluß seiner Enquete — „um sich darüber zu orientieren, ob die Konjunktur vor einem Rückschlag der Konjunktur vorzuziehen, der hätte bei unseren kaufmännischen Austauschbüros nachzusehen. In Zeiten, in denen solche Befürchtungen geäußert werden pflegen, sind die Gründe am Auskünfte in bemerkenswertem Umfange zu weihen. Gegenwärtig aber haben die Ertrüben um Auskünfte eine solche auf eine ungewöhnliche Situation hinweisende Steigerung nicht erfahren.“

Vor einer eigenartigen Verlegenheit steht unsere Eisenindustrie. Wir bezogen 1905 etwas über 6 Millionen Tonnen Eisenerze aus dem Ausland. Unter den Herkunftsländern steht an der Spitze Spanien mit 3,16 Millionen Tonnen, ihm folgt Schweden mit 1,64 Millionen Tonnen. In Schweden betrachten jedoch viele Wirtschaftspolitiker die Erzansfuhr mit unerschöpflichen Möglichkeiten; sie hoffen namentlich für eine spätere Zukunft, auf ein eigenes, ausgebeutetes schwedisches Eisenerzgewerbe und legen in der „Berichterstattung“ der Erz- aus dem Ausland eine Art Raubbau. Aufträge auf Aufarbeitung eines Ausfuhrzoll auf Eisenerze waren im schwedischen Parlament wiederholt der Annahme sehr nahe. Nach dieser Seite glaubte man nun durch den deutsch-schwedischen Handelsvertrag genügend vorgebaut zu haben: bis zum Erscheinen des Vertrages (im Jahre 1910) ist der Ausfuhrzoll abgebrochen. Dagegen hat man schließlich die transportierenden Staatsbahnen benutzt, um diese Erzfrachtmengen zwischen Schweden und Polen zu transportieren, d. h. einzuführen. Interessant sind an dem fortlaufenden Zuge der Eisenerze sowohl niederrheinische, wie oberlotheringische Werte, ferner die Häfen, die sich zum Teil erst in jüngster Zeit, an der Ostküste entwickelt haben.

Berlin, 2. Dezember 1906.



Aus der Fisch-Industrie. Unter der Herrschaft des Kapitals hat sich auch die Fischindustrie zu einem Zweig großindustrieller Betätigung — und Ausnutzung menschlicher Arbeitskraft entwickelt. Und in der Fischverarbeitungindustrie ist es vorwiegend weibliche Arbeitskraft, die der kapitalistischen Plünderer Tribut zollen muß. Unter welchen schandlichen Verhältnissen die Arbeiterinnen in Räucherereien, Bratereien usw. schanzeln müssen, schildert dem „Vorwärts“ eine Zuschrift aus Gelsenkirchen, bei er folgendes entnimmt: Versuchen wir zunächst die Braterei. Ein betäubender Duft von Bratfett und Fischtran beleidigt unser Geruchsorgan. In dem verhältnismäßig kleinen Raum herrscht eine erstickende Hitze. Die Arbeiterinnen sind damit beschäftigt, Heringe aus den Kisten heraus zu nehmen und ohne die Ware abzuwaschen, mit Schmutz, Schuppen, Blut und Eingeweide in die Pfanne zu legen. Eine Reinigung der Ware würde zu sehr gegen den Grundsatz „Time is money“ verstoßen und wer steht dem schon braun gebratenen Fisch den Schmutz noch an? Bei der Arbeit ist die Lohnsklavinnen gezwungen, sich über die Pfanne zu beugen und muß sie so den stichigen Bratendunst fortgesetzt einatmen. Die Hitze dazu macht die Frauen vollständig nervös und krank. Der Bratraum verleiht uns bald den Aufenthalt; wir betreten die Räuchererei. Auf langen Tischen, über die fortwährend Wasser zum Waschen der Fische läuft, liegen die zu bearbeitenden Sprotten oder Heringe. Die Fische haben an den Seiten etwa zehn Zentimeter hohe Borde, wodurch ein Abfließen des Wassers verhindert wird. Es sickert aber gewöhnlich ständig Wasser durch und die Arbeiterin ist genötigt, sich mit einer Lederhandschuh zu versehen. Trotzdem ist die Arbeiterin halb entweder teilweise oder ganz durchnäßt. Bei einigen Graden Kälte mit den Händen im eiskalten Wasser zu arbeiten, um das Aufziehen der Fische auf Eisenstäbe zu besorgen, am Leib und an den Beinen naß und in zugigen und von Rauch verqualmten Räumen stehen zu müssen, ist fürchterliche Qual und zerrüttet den Körper. Und fast alle Arbeiterinnen sind Familienmütter, die selbst dann noch arbeiten, wenn die Frucht ihres Leibes sie nicht direkt daran hindert. Dem Winke des Unternehmers gewärtig, sind sie früh an der Arbeit oder so spät, wie es verlangt wird, und oft muß die ganze Nacht durchgearbeitet werden! Und die Familie? Mittagessen kennen die Armen in der Zeit der Hochsaison kaum; Kaffee und Brot oder Brot und Kaffee — morgens, mittags, abends — bilden neben Fisch ihre Mahlzeiten. Nachdem die Heringe auf Stangen gezogen sind, werden sie in die Räucherammer gehängt. Auch hier ist die Hitze groß und ein heißender Rauch macht dem Besucher die Augen tränen und zwingt ihn durch öfteres Husten, den in die Brust eindringenden Qualm auszuspucken. Soll der Fisch gut werden, so muß der Räuchermeister mehr oder weniger in den Ofen hineinkriechen. Das längere Verweilen in Rauch und Hitze für die Gesundheit vorteilhaft ist, ist kaum anzunehmen und das bleiche Aussehen der Räucherer beweist das Gegenteil.

Vielmehr ist beim Herausnehmen der Fische erforderlich, daß jemand in die mehrere Meter hohe Kammer hineinsteigt und die Ware herunterlangt. Kommt der Betreffende aus der Kammer heraus, so ist kein trockener Faden mehr an ihm. Das vermerkste dabei ist, daß es meist 10—14jährige Knaben sind, die diese höchst gesundheitsgefährliche Arbeit verrichten. Und um so mehr ist es bedenklich, weil die Knaben bald darauf wieder an kühlen Orten mit Kistennägeln usw. beschäftigt werden. Bei dem Mangel einer eingehenden Kontrolle existiert für diese Betriebe ein Kinderschutzgesetz einfach nicht. Tatsache ist, daß die Kinder nicht nur eine ganz beträchtliche Arbeit zu leisten haben, sondern auch viel zu lange — vielfach bis spät in die Nacht — beschäftigt werden. Und der Grund? Billige Arbeitskräfte sind notwendig!

Die Fischindustrie ist ein junger großkapitalistischer Industriezweig, aber hier herrscht Routine in der Ausbeutung. Es scheint so, als ob die Sünden wider Volksgesundheit, die in älteren Industrien in Jahrzehnten verbrochen worden sind, in der unter der Aera der berühmten unbertrefflichen staatlichen Sozialpolitik aufwachsenden Industrie in wenigen Jahren aufgehäuft werden müßten.

Der Schaden, den die Episthan in der Koburnifabrik zu Annen verursacht hat, ist nach amtlicher Berechnung 1.027.000 Mark. Die Summe der freiwilligen Gaben, die bis 13. Dezember bei der Stadtkasse in Witten eingegangen, ist über 300.000 Mark.

Rußland. Gewerkschaften und Duma wählen. Gemäß dem Vorschlag des Odesaer Zentralbureaus der gewerkschaftlichen Verbände beschloßen die Versammlungen der Delegierten von 28 gewerkschaftlichen Verbänden, bei den Wahlen die Sozialdemokraten zu unterstützen und ihren Weisungen zu folgen. Es wurde beschlossen, mittels Erhebung einer gewissen Summe von allen Mitgliedern der Verbände dem städtischen Wahlkomitee der Sozialdemokraten eine materielle Unterstützung zukommen zu lassen.

Versuche der Gründung eines Volkshauses in Baku (Kaukasus). Der Vorsitzende des Rates der Bakier Abteilung der Russischen Technologischen Gesellschaft Ingenieur N. F. Chatissow hat sich vor einigen Tagen im Auftrage der Generalversammlung der Mitglieder des Rates an den Stadtschulrat mit der Bitte gewandt, der Stadtduma folgendes Gesuch zur Prüfung vorzulegen: Die Stadtduma möge dem Rate eine der freien städtischen Grundstücke für einige Zeit abtrotzen zwecks Errichtung von Baracken, in welchen allerlei Sitzungen, Meetings und Versammlungen der verschiedenen gewerkschaftlichen Verbände, Vereinigungen und der arbeitenden Massen überhaupt abgehalten werden sollen; denn bei dem Mangel an geeigneten großen Räumlichkeiten haben die arbeitenden Massen der Stadt Baku keine Gelegenheit, ihre organisierten Versammlungen abzuhalten, die von Tag zu Tag ein immer dringenderes Bedürfnis werden. Zur Erbauung dieser Baracken wird eine Sammlung veranstaltet werden.

Berlin. Die Aussperrung in der Doblerischen Hartgummi- und Zelluloidwarenfabrik in der Hochstraße dauert ununterbrochen fort. Von den Arbeitern wurde gestern ein Versuch zur Beilegung der Differenz gemacht, indem die Streikenden der technischen Hartgummiabteilung sich bereit erklärten, ihre Forderungen in vollem Umfang zurückzugeben, wenn dadurch die Aussperrung aufgehoben und die übrigen Arbeiter wieder an ihren alten Plätzen eingestellt würden. Dieses doch jedenfalls denkbar weitgehendste Anerbieten hat die sehr christliche Firma aber abgelehnt mit dem hochmütigen Bemerkens, daß sie zwar die Hartgummiabteilung wieder annehmen würde, mit den übrigen Arbeitern jedoch „reinen Tisch“ machen wolle. Es scheint, als wenn die Firma sich durch die Aussperrung der zahlreichen alten Arbeiter, die schon viele Jahre in dem Betriebe tätig waren, auf eine bequeme Art entledigen will, um nach und nach jüngere Arbeitskräfte zu gewinnen. Offenbar hofft sie dabei auf die „weitgehendste Unterstützung“ des Arbeiternachweises der katholischen Arbeitervereine, der ja bereits eine ganze Anzahl von Arbeitswilligen nach dem Wert vermittelt hat.

Wir fordern die Kollegen dringend auf, bis zur Beilegung der Differenzen Berlin zu meiden. Wir liegen nicht nur mit den Unternehmern der Hartgummiabteilung im Kampfe, sondern sind auch an dem Kampfe beteiligt, der mit dem Elektrizitätswerke am Konradenau seit langen Wochen geführt wird. Es kann kein Kollege darauf rechnen, dort Arbeit zu bekommen; jeder Zureisende legt sich aber dem Verdachte aus, uns den Kampf als Arbeitswilliger erschweren zu wollen.

Leipzig. Einen schönen Erfolg errangen unsere in der Chemischen Fabrik R. Brodman beschäftigten Kollegen. Auf dem Wege der Verhandlungen wurden folgende Bestimmungen vereinbart: Die Arbeitszeit beträgt täglich 10 Stunden, mit Ausnahme der Tage vor den Sonn- und Festtagen, wo eine Stunde früher als gewöhnlich Arbeitslohn ist. Der Anfangslohn beträgt 20 Mk. (früher 19 Mk.), steigend von 6 zu 6 Monaten um 1 Mk. bis zum Höchstlohn von 25 Mk. Den jetzt im Betriebe tätigen Arbeitern wird eine sofortige Zulage von 1 Mk. gewährt. Ueberstunden werden die Stunde mit 50 Pf. vergütet. Außerdem erhält jeder Arbeiter einen sechstägigen Erholungsurlaub unter Fortzahlung seines Lohnes. Weiter verpflichtet sich der Unternehmer, für Schaffung ausreichender Garben- und Speisekammer sowie Wascheinrichtungen Sorge zu tragen. Wenn auch nicht alle Forderungen bewilligt worden sind, so bedeutet doch das Ertrugene für uns einen Vorteil durch unser geschlossenes Vorgehen.

Sonneberg (S.-M.). Einen schönen Erfolg errangen unsere Kollegen, welche bei der Firma Robert Schneider beschäftigt sind. Es darf den übrigen in der Spielwarenindustrie beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen ein leuchtendes Beispiel sein, wie Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Nicht Unemigkeit und Gleichgültigkeit, sondern nur ein gemeinsames Wollen und Denken, Fleiß und Streben wird uns in die Lage versetzen, den Widerstand gegen unerträgliche Arbeitszeit und einen auskömmlichen Lohn zu brechen. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, neue Mitglieder zu werben und bereits gewonnene von dem Nutzen der Organisation mehr und mehr zu überzeugen. Mit der Firma wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

- 1. Eine 10 stündige Arbeitszeit. Vom 1. April bis 1. Oktober von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, während dieser Zeit 1/4 Std. Frühstück, 1/4 Std. Mittag und 1/4 Std. Vesper. Vom 1. Oktober bis 1. April von 8 Uhr morgens bis 7 1/2 Uhr abends, während dieser Zeit 1/4 Std. Frühstück, 1/4 Std. Mittag und 1/4 Std. Vesper.
- 2. Erhöhung der bisherigen Akkordlöhne um 10 Proz.
- 3. Garantierung eines Stundenlohns von 35 Pf. für alle Arbeiter über 17 Jahre, sobald nicht in Akkord gearbeitet wird oder gearbeitet werden kann. (Bisher 17—25 Pf. v. B.)
- 4. Ob eine Arbeit schlecht gearbeitet ist und dadurch minderwertiger geworden, entscheidet der Arbeiterausschuß, welcher sich aus den erwachsenen Arbeitern der Firma zusammensetzt. Die im Jahre 1906 abgezogenen Strafgebühren werden den Arbeitern zurückgezahlt.
- 5. Für das Material zum Herstellen von Arbeiten im Betriebe zahlt der Arbeiter die Hälfte vom Einkaufspreis, die andere Hälfte trägt die Firma. Bisher mußten die Arbeiter den gesamten Betrag bezahlen.
- 6. Nicht fertiggestellte Arbeiten werden auf Wunsch des Arbeiters am Schluß einer jeden Lohnwoche mit verrechnet. Außerdem wurde noch der Wochenlohn eines Kollegen von 17 Mk. auf 20 Mk., und der Lohn eines jugendlichen Arbeiters um 1,50 Mk. pro Woche erhöht.

Die Vereinbarungen treten mit dem 8. Dezember 1906 in Kraft. Diese Errungenschaft mag für alle Spielwarenarbeiter als Mahnung und gleichzeitig als Ausharren dienen, damit auch sie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten.

Korrespondenzen.

Bernburg. In der am 1. Dezember hier selbst abgehaltenen Versammlung, welche lediglich über die Sache der Kollegen Dr. Brämer einen Vortrag, das Thema lautet: „Wie nützt und wie schadet man einer Gewerkschaft?“ hielt unter anderem aus, daß es doch einem Verbandsmitglied seine erste Pflicht und Schuldigkeit wäre, in den Versammlungen teilzunehmen, indem sich doch jedermann die nötige Schulung, welcher er als Gewerkschaftler bedürftig ist, nur in der Versammlung aneignen kann. Sodann beleuchtete der Referent die Streitigkeiten, welche unter den organisierten Arbeitern auf den Arbeitsstellen noch herrschen, daß uns gerade dieser Punkt sehr hinderlich in unserem Fortkommen sei. Ebenfalls streifte der Referent die Agitations- und Maßregelungsfrage und betonte derselbe, daß von den meisten Verbandsmitgliedern noch viel zu wenig agitiert würde und immer noch eine sehr große Maßregelungsfrage vorherrschend sei. Zum Schluß verlas der Vortragende noch ein Merkblatt über den Alkohol-Mißbrauch und bewies damit, daß der Alkohol einer unserer schlimmsten Feinde mit ist und welcher unserer Gewerkschaften in Vorwärtschreiten sehr hinderlich sei.

Braunschweig. Hier wurde in der letzten Mitglieder-Versammlung das Mitglied Ernst Heise, Buchnummer 377, wegen unkollegialen Verhaltens (er hatte in Verbandsangelegenheiten seine Mitarbeiter bei der Betriebsleitung denunziert) aus der Organisation ausgeschlossen. Dasselbe geschah dem Mitglied Caroline Wieders, Buchnummer 79106. Dasselbe wurde arbeitswillig, nachdem sie über 50 Mark Strafbeträge bezogen hatte. Beide Ausschlussanträge wurden einstimmig angenommen.

Bad Dürkheim. Wir wollen nicht unterlassen, jetzt schon darauf aufmerksam zu machen, daß nach hier, besonders im Frühjahr, Landarbeiter, Binger und Tagelöhner gesucht werden. Vor der Annahme von Arbeit nach hier und Umgebung müssen wir warnen. Die Bezahlung von 15 Mk. pro Woche für Sommer und Winter muß jedem zu denken geben. Begnügt das Spritzen der Weinberge, eine Arbeit, die von jedem Binger ungern verrichtet wird, so wird fast jeder an Arbeitsträgern und Wägen mangeln, wie man verdient. Würden die heimischen Grundbesitzer die einheimischen Arbeiter vollständig bezahlen, so hätten erlere nicht nötig, Arbeitskräfte hierher zu laden. Dürfen doch jetzt die Tagelöhner eines größeren Gebiets in der Woche nur 3 Tage arbeiten, dafür erhalten sie täglich — 1,50 Mark — davon werden aber denjenigen, die das Glück haben, in der Wieshoferne des Herrn zu wohnen, noch 2 Mk. pro Woche abgezogen. Werden den Arbeitern von ihrer dreitägigen Arbeit noch 3,40 Mark! und damit fast eine Familie ernährt werden? Gewas mehr Sparmaß! an anderen unzulässigen Dingen, und die Erhöhung der Arbeitslöhne wäre einer großen Anzahl Binger Arbeitgeber sehr zu empfehlen.

Fachsenhau. Eine öffentliche und aufsehend eine Mitglieder-versammlung unserer Paktelle tagte am 8. Dezember. Der Bericht

der öffentlichen Versammlung wurde durch das schlechte Wetter ungünstig beeinflusst, doch mögen etwa 300 Personen zugegen gewesen sein. Genosse Göller-Frankfurt sprach über „Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Zentrum“. Der Verlauf des Mannheimer Parteitags, so leitete Redner seine Ausführungen ein, hat die Segnet der modernen Arbeiterbewegung, die mit einer Entzweiung zwischen Partei und Gewerkschaften sicher gerechnet hatten, arg enttäuscht und bildet jetzt noch das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften den Gegenstand von Betrachtungen in der gegnerischen Presse und in gegnerischen Versammlungen. Der Vortragende stellte fest, daß die erste Anregung zur Gründung von Gewerkschaften von Leuten ausgegangen ist, die den Sozialismus propagierten, wie Britische, Schweizer u. a., und auch während ihrer Weiterentwicklung und Ausgestaltung an den Vertretern der Sozialdemokratie ihre besten Förderer und Bekämpfer hatten. Redner gibt eine eingehende Darstellung über die Entstehung und Entwicklung der freien Gewerkschaften bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes schmächtlichen Ansehens, das mit einem Erlaß des Reichstages jahrelanger gewerkschaftlicher Arbeit zerstört und die Arbeiterbewegung lahmgelegt. Nach der Aufhebung dieses Gesetzes wurde die gewerkschaftliche Bewegung wieder mit neuem Eifer und Lauffast von den Interessenten aufgenommen und zwar mit dem Erfolg, daß innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen heute mehr als 1 1/2 Millionen beträgt. Die Versammlungspunkte von Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften, deren gegenseitige unbedingte Unterstützung und Förderung, bildeten einen längeren Abschnitt des Referats und erklärte die Tatsache, daß diese beiden Faktoren in der Arbeiterbewegung nur in der beiderseitigen Unterstützung und gemeinsamen Arbeit ihren Stützpunkt und die Aussicht auf Erfolg haben. Nur in der sozialdemokratischen Partei hatten bisher die Arbeiter bei ihren wiederholten Kämpfen um bessere Existenzbedingungen einen moralischen und materiellen Rückhalt; die anderen Parteien, und besonders das angeblich arbeiterfreundliche Zentrum, konnten sich nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Interesse, zu einer vorübergehenden Unterstützung der Arbeiterforderungen verstehen. Das Aufblühen der modernen Arbeiterbewegung brachte es dahin, daß auch das Zentrum unter Berücksichtigung der ihm anhängenden Arbeitermassen sein Programm änderte und seine Politik änderte, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. Es wurde mit allem Eifer an der Gründung christlicher Gewerkschaften gearbeitet, um der aufläuternden freien Arbeiterbewegung ein Gegengewicht zu schaffen, bezw. die katholischen Arbeiter von dem Anschluß an die freien Gewerkschaften, die man für identisch mit der Sozialdemokratie erklärte, fernzuhalten. Die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums bei den verschiedensten Gelegenheiten, im Parlament, bei Beratung der Gesetzesvorlagen im Interesse der Arbeiter, beim Zolltarif, sowie in den vielen Kämpfen der Arbeiter mit dem Unternehmertum, ersuhr selbstverständlich die verdiente Bewertung durch den Referenten. Auch die „christlichen“ Gewerkschaften wurden einer eingehenden Kritik unterzogen. Redner schloß mit der eindringlichen Ermahnung an die Anwesenden, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, als den einzigen erfolgversprechenden Arbeiterorganisationen, denen es wirklich Ernst mit der Förderung der Arbeiterinteressen sei. Ein Diskussionspunkt wurde diesmal nicht beliebt; vermutlich war den christlichen Schätzern empfohlen worden, der Versammlung fernzubleiben. In seinem Schlusswort wandte sich Genosse Göller nochmals an die Arbeiter der Fachwerke und legte ihnen ans Herz, sich im Interesse ihrer Familien und ihrer Nachkommen dem Verbände anzuschließen und ermahnte die Mitglieder des Verbandes, denselben die Treue zu bewahren und sich nicht durch trügerische Hoffnungen zum Wafall verleiten zu lassen. — In der anschließenden Mitgliederversammlung wurde, unter Stellungnahme zu einer vom Gewerkschaftsrat nach Kellertbach einberufenen Konferenz, die sich mit der Versammlungszusammenkunft beschäftigen soll, gegen eine Stimmabgabe beschlossen, diese Konferenz aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht zu besuchen, sondern unseren, die Versammlung ablehnenden Standpunkt durch eine schriftliche Erklärung an die Gauleitung zum Ausdruck zu bringen.

Fachsenhau. Böhnt sich eine Diskussion mit den christlichen Gewerkschaftsführern über die gemeinsamen Interessen der beiden Richtungen in öffentlicher Versammlung? Diese Frage muß nach den gemachten Erfahrungen entschieden verneint werden. In zwei Versammlungen, die vom hiesigen Gewerkschaftsrat einberufen waren, wurde das Thema: „Freie und christliche Gewerkschaften“ ausgiebig behandelt und diskutiert, ohne daß es zu einem erwünschten Endergebnis gekommen ist, da auch in der zweiten Versammlung die Polizeistunde nahte, ohne daß alle vorgemerkten Redner zu Wort kamen. Wir bringen diese Versammlung im „Proletarier“ deshalb zur Veröffentlichung, weil die organisierten Fabrikarbeiter des Hauptkontingents der Versammlungsbesucher stellten und bei den Organisationsbestrebungen in erster Linie in Frage kommen. Wie überall, so suchen auch hier die Vertreter der christlichen Gewerkschaften dem freien Verband der Fabrikarbeiter die Agitation bezw. die Organisation der Kollegen zu erschweren und zunichte zu machen. Obwohl die Christlichen von einflussreicher Seite aus, besonders den Geistlichen, protegiert und geschützt werden, — erst vor wenigen Tagen empfahl Pfarrer Stoppel von hier in einer nichtöffentlichen Versammlung des Reichsverbandes zur Vernichtung der Sozialdemokratie die christlichen Gewerkschaften dem Wohlwollen der Unternehmer — vermeiden sie doch nicht auf einen grünen Zweig zu kommen. Die Furcht vor Maßregelung ist bei den christlichen Heiden so groß, daß sie es nicht mehr wagen, die Meinung öffentlicher Versammlungen zu übernehmen, sondern diese Aufgabe regelmäßig auswärtigen Kollegen überlassen. In den eingangs erwähnten beiden Versammlungen fungierten als Referenten von unserer Seite die Genossen Ehrler-Frankfurt und Hoch-Hannau. Von den Christlichen waren als Diskussionsredner erschienen Feder, Gattwald und Thomas-Frankfurt, sowie in der zweiten Versammlung Thelen-Effenbach. Der letztere war in der ersten Versammlung durch Genossen Ehrler bei seiner Kennzeichnung der christlichen Praktiken bei Streik scharf angegriffen worden ob seines schöpsen Verhaltens beim letzten Metallarbeiterstreik in Offenbach, und hatte Ehrler das Verlangen an die Christlichen gestellt, zur zweiten Versammlung ihren Kollegen Thelen mit zur Stelle zu bringen. In der zweiten Versammlung war Thelen anwesend, jedoch Genosse Ehrler aus uns unbekanntem Gründen nicht in dieser Versammlung erschienen. Diese Tatsache bezeichnen die Schwärzen jetzt in ihrer Presse und in Versammlungen als einen Akt der Feigheit, sowie das Ergebnis der beiden Versammlungen als eine moralische Niederlage der freien Gewerkschaften. Es gehört schon eine starke Portion Ultramontaner Unberufenheit dazu, in einem solchen Sinne über das moralische Resultat fraglicher Versammlungen zu berichten. Wohl ließ besonders der katholische Arbeiterleiter Feder seiner Junge freien Lauf und suchte in der Beschimpfung und Geradewürdigung der freien Gewerkschaften das höchste zu leisten. Der verzerrte Beifall, den seine wissenschaftlich sehr soliden, aber kolossal feigen Ausführungen fanden, wird er doch nicht etwa als einen Erfolg für sich in Anspruch nehmen? Es war Genossen Hoch-Hannau nicht schwer, den christlichen Heil- und Götze-Richtwieser abzuführen. Die Beschimpfung des christlichen Feder, Hoch werde sich als Diskussionsredner auf das politische Gebiet begeben, war unbegründet; hingegen hatte Feder in der ausgiebigsten Weise Politik und Religion in den Bereich seiner Betrachtungen gezogen. Diese Tatsache wurde natürlich durch Genossen Hoch in schonungslosster Weise festgehalten, und der Erfolg war zweifellos auf Hochs Seite, der mit seinem auf Sachkenntnis beruhenden Ausführungen großen Eindruck machte. Der Umstand, daß die Vertreter der christlichen Gewerkschaften der Religion eine bevorzugte Stellung in ihrer Bewegung einzuräumen und die freien Gewerkschaften sich hierzu niemals verstehen werden, zeitigt stets den Konflikt, wenn es zu einer Kasparische der beiden Richtungen kommt. Es verlangt sich daher nicht, mit den Christlichen zu diskutieren.

Kall a. Rhein. Von Beschwerden mancher Art sind die Arbeiter auf der Chemischen Fabrik Rörter u. Gränberg bedrückt. Unter anderem gefällt es der Firma, einige alte Arbeiter, die 15 bis 20 Jahre auf dem Betrieb beschäftigt gewesen sind, zu entlassen. Für die Entlassenen werden jüngere Leute eingestellt. Diese Verjüngung des Arbeiterstammes ist nur durch den Umstand möglich, daß jetzt im Winter die Ware Arbeitskraft billig ist. Aus diesem Umstände erklärt es sich auch, daß bei der anhaltenden Teuerung Lohnabzüge



